

FÜR STUTTGART IN DEN LANDTAG

SPD

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die SPD Stuttgart geht mit vier Kandidierenden ins Rennen, um die erfolgreiche rot-grüne Landesregierung fortzusetzen. Gemeinsam stehen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum und gute Arbeit. Wir setzen uns für mehr Zeit für Familien und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Stuttgart ein.

Wir stehen auch für ein weltoffenes und vielfältiges Stuttgart. Mit uns wird niemand gegeneinander ausgespielt. Wir investieren in den gesellschaftlichen Zusammenhalt - und damit für eine gemeinsame Zukunft. Die Menschen fühlen sich in Stuttgart wohl. Das soll auch so bleiben. Dafür werben wir um Ihre Stimme.

Herzliche Grüße
Ihre Kandidierenden



**STEFANIE
BRUM**

Wahlkreis Stuttgart 1,
Innenstadt



**ERGUN
CAN**

Wahlkreis Stuttgart 2,
Fildern



**MARION
V. WARTENBERG**

Wahlkreis Stuttgart 3,
Norden



**ROLF
GASSMANN**

Wahlkreis Stuttgart 4,
Bad Cannstatt, Obere
Neckarvororte, S-Ost

DAS HAT DIE SPD-LANDESREGIERUNG FÜR STUTTGART ERREICHT:

- Vereinbarkeit Familie und Beruf: Verdreifachung der Mittel für Kinderbetreuung. Mit Blick auf die Qualität des Angebots belegt Baden-Württemberg mittlerweile im Ländervergleich den Spitzenplatz
- Bildungsgerechtigkeit: Wahlfreiheit bei der weiterführenden Schule, Gemeinschaftsschule und mehr Schulsozialarbeit
- Gerechterer Zugang zum Studium: Abschaffung der Studiengebühren
- Bezahlbarer Wohnraum: Einführung der Mietpreisbremse und des Verbots von Wohnungsleerstand
- Gerechte Löhne: Maßgebliche Beteiligung bei der Einführung des Mindestlohns
- Stärkung des Mittelstands: Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. Kein Verdrängen mehr durch Billigkonkurrenz
- Klare Konzepte für eine stabile Zukunft: faire, sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Baden-Württemberg bleibt mit dem Standort Stuttgart Konjunkturlokomotive für ganz Deutschland

DAS HAT DIE CDU VOR:

- Ungleiche Bildungschancen: Austrocknung der Gemeinschaftsschulen, reine Elitenförderung
- Lohndumping: Keine Tariftreue mehr
- Unbezahlbare Mieten: Abschaffung der Mietpreisbremse bei Wiedervermietung. Bestandsmieten dürfen wieder um 20 % steigen. Abschaffung des gerade eingeführten Verbots von Wohnungsleerstand
- Keine Perspektiven: Massiv erschwerte Weiterbildung für Arbeitnehmer
- Ausgrenzung: Zerschlagung des Integrationsministeriums in Zeiten stärkster Zuwanderung
- Herdprämie: Durchsetzung eines rückwärtsgewandten Frauen- und Familienbildes



BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN